

Im Rahmen einer 2003 in 28 Ländern durchgeföhrten Studie der „Association for the Evaluation of Educational Achievement“ (IEA) wurden auch 3100 14 - 15-jährige Schweizer Jugendliche befragt. Dabei zeigte es sich, dass diese über ein unterdurchschnittliches politisches Wissen verfügten und auch nur eine sehr eingeschränkte Bereitschaft zum Engagement innerhalb der Demokratie äusserten. So befanden sich die Schweizer Jugendlichen in Bezug auf die Bereitschaft, als Erwachsene wählen zu gehen, an letzter Stelle (Basler Schulblatt 9/2005, S. 15).

Zugleich ist festzustellen, dass der mit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention (1997) eingegangenen Verpflichtung, die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu stärken, in der Schweiz und in Basel nur ungenügend nachgekommen wird. Ein erster Schritt zur Partizipation innerhalb der Demokratie ist sicher die Kenntnis der eigenen Rechte und Möglichkeiten. Offenbar werden die Kinderrechte in unseren Schulen nur in Einzelfällen behandelt.

In diesem Zusammenhang bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

1. wie die politische und staatsbürgerliche Bildung in Schulen und Berufsbildung zusätzlich gefördert werden kann, um dem Besorgnis erregenden Manko an staatspolitischem Interesse unserer Jugendlichen entgegen zu wirken.
2. ob den Kinderrechten in den Schulen vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden kann, u.a. durch ihre Verankerung in den Lehrplan (evtl. unter Beibezug von Experten von aussen, wie in Zürich).

Doris Gysin, Oswald Inglin, Maria Berger-Coenen, Daniel Stolz, Joël Thüring,  
Hans-Peter Wessels, Christine Heuss, Oskar Herzig, Toni Casagrande, Rolf Häring,  
Gisela Traub, Urs Joerg, Hansjörg Wirz, Martin Lüchinger